

WIESBADENER KURIER

RHEIN MAIN PRESSE

WIESBADENER KURIER / POLITIK / HESSEN

Hessen

12.07.2016

Regierungspräsidium bessert nach

Von Christoph Cuntz

WINDRÄDER Jetzt weniger Abgeordnete befangen

DARMSTADT - In der Diskussion um die Befangenheit von Vertretern der Regionalversammlung Südhessen ist eine Lösung in Sicht. Eine vom Regierungspräsidium neue formulierte Grundlinie halte man für richtig, hieß es jetzt beim Wirtschaftsministerium.

Bei der Diskussion geht es um den „Teilplan Erneuerbare Energien“, der die Vorranggebiete für Windräder festlegt. Die Regionalversammlung hatte die Beschlussfassung vertagt, nach dem ein Jurist des Regierungspräsidiums Darmstadt ein Gutachten zur Befangenheit vorgelegt hatte. Demnach wären all jene Abgeordnete der Regionalversammlung befangen und dürfen an den Beratungen nicht teilnehmen, die außerhalb bebauter Ortschaften ein Grundstück besitzen, ferner all jene, die Verwandte haben, die im Außenbereich Grundstücksbesitzer sind.

Das Regierungspräsidium habe die Vorschriften „sehr weitgehend interpretiert“, so das hessische Wirtschaftsministerium. Das war zu dem Schluss gekommen, dass auf dieser Basis ein Großteil der Mitglieder der Regionalversammlung an den Abstimmungen nicht hätte teilnehmen können.

Jetzt hat das Regierungspräsidium einen Vorschlag vorgelegt, der den Kreis der Betroffenen enger fast. Überprüft werden soll nunmehr nur noch die Befangenheit von Mitgliedern der Regionalversammlung, die in den möglichen Windvorranggebieten ein Grundstück besitzen beziehungsweise gepachtet haben oder als Anlieger direkt betroffen wären. Dieser Vorschlag decke sich weitgehend mit dem Vorgehen im Regierungspräsidium Gießen, so das Ministerium.

[Noch mehr Nachrichten aus der Region lesen? Testen Sie kostenlos 14 Tage das Komplettpaket Print & Web plus!](#)